

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 8 2023

1. Regional
2. Honduras
3. El Salvador
4. Guatemala
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Veranstaltung (Berlin): Veranstaltung in Berlin: Am 7. November laden Mitgliedsorganisationen des RT-ZA zur Abendveranstaltung "Von Illusionen, Hoffnungen und Kämpfen: Solidarität mit Zentralamerika früher und heute". Die Diskussion mit Aktivist*innen aus Deutschland und Zentralamerika findet um 18 Uhr im Aquarium (Skalitzer Str. 6) in Kreuzberg statt. Das Gespräch ist Teil der [Veranstaltungsreihe zu 50 Jahre LN und FDCL](#).

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

innerhalb der zentralamerikanischen Region. El Salvador importiert rund 80 Prozent des Gemüses, das die Bevölkerung konsumiert, aus Guatemala. Darüber hinaus wird aktuell auch der Transport von Gemüse, Fleisch und Meeresfrüchten, die aus Mexiko zum Verzehr in den Ländern Zentralamerikas eingeführt werden, blockiert. Das Gleiche gilt in umgekehrter Richtung: Unternehmen, die z.B. Rindfleisch aus Nicaragua nach Mexiko exportieren, sitzen ebenfalls an den Grenzen fest. Costa Rica meldet Verluste in Millionenhöhe für den Exportsektor.

Transitmigration: Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat eine Verschiebung der Routen afrikanischer und karibischer Migrant*innen festgestellt, die den zentralamerikanischen Migrationskorridor durchqueren, um in die USA zu gelangen. Zwischen Januar und Juli 2023 ist die Zahl der afrikanischen Migranten in der Darien-Region in Panama im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2022 um 65 % zurückgegangen. Außerdem wurde in diesem Jahr die Präsenz von nur noch einem Drittel der kubanischen Staatsangehörigen im Vergleich zum vergangenen Jahr dokumentiert. Anstelle dieser Route entscheiden sich mehr Migrant*innen aus diesen Regionen seit einigen Monaten für Flüge nach Honduras, El Salvador und Nicaragua. Weiter unten ist mehr zu den Reaktionen der spezifischen Länder zu finden.

Rechtsstaatlichkeit: Die internationale Organisation World Justice Project (WJP) veröffentlichte Ende Oktober ihren Bericht des [WJP-Rechtsstaatlichkeitsindex 2023](#), in dem 142 Regierungen weltweit bewertet werden. In diesem Jahr liegen El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua nah an den hinteren Stellen: An den Plätzen 108, 111, 119 und 137. In Bezug auf El Salvador [erklärte eine WJP-Sprecherin](#), dass El Salvador im Jahr 2023 eins der Länder war, in dem sich die Einschränkungen der Exekutivgewalt gegenüber anderen staatlichen Organen am meisten verschlechtert haben. Trotz des [schlechten Abschneidens von Honduras](#) verbesserte sich das Land in der Rangliste um zwei Plätze, da es in den Bereichen Justiz, Zugang zu den Grundrechten, Transparenz und Abwesenheit von Korruption leichte Verbesserungen erzielte.

2. Honduras

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

Aktivist*innen, die sich gegen radikalkapitalistische Privatstädte, sogenannte ZEDE, einsetzen. Vanessa Cardenas ist im Gemeinderätin aus Crawfish Rock, Roatán tätig und Christopher Castillo arbeitet als Koordinator der Umwelt- und Gemeindeorganisation ARCAH in Tegucigalpa. Die Aktivist*innen werden zwischen dem 5. und dem 16. November in München, Leipzig, Döbeln, Rostock, Berlin und Köln an verschiedenen öffentlichen Aktivitäten teilnehmen. Die Details zu den jeweiligen Veranstaltungen finden Sie auf der Webseite des Ökubüros.

Beziehungen mit Costa Rica: Die costaricanische Regierung kündigte an, dass honduranische Staatsbürger*innen für die Einreise in das Land ab sofort ein Visum benötigen. Der Sicherheitsminister Mario Zamora erklärte, man wolle die Einreise honduranischer Auftragsmörder und krimineller Gruppen mit Verbindungen zu costaricanischen Drogenbanden verhindern. Als Reaktion verlangte Honduras für Bürger*innen aus Costa Rica ebenfalls ein Visum. Gütertransportunternehmer*innen haben sich gegen die bürokratischen und wirtschaftlichen Hindernisse in den Entscheidungen beider Länder geäußert. Nach mehreren Wochen diplomatischer Spannungen haben beide Länder während eines bilateralen Treffens vereinbart, die Visumpflicht aufzuheben. Stattdessen sollen Bürger*innen aus beiden Ländern bei der Ausreise direkt an der Grenze ein polizeiliches Führungszeugnis beantragen.

Infrastrukturprojekt: Die honduranische Regierung hat ein neues Projekt für einen interozeanischen Zug zwischen dem Atlantik und dem Pazifik angekündigt. Der Bau der Zugverbindung wird voraussichtlich 10 bis 15 Jahre betragen und rund 20 Millionen Dollar kosten. Um dieses Projekt zu finanzieren, kündigte Präsidentin Castro an, dass ihre Regierung auf der Suche nach Unterstützung aus verschiedenen Ländern wie China und Korea sei. Bereits im Juli traf sich der Vizeminister für wirtschaftliche Entwicklung Melvin Redondo in Honduras mit dem Vizeminister für Handel Wang Shouwen, um einen Handelspakt sowie die Unterstützung von Infrastrukturprojekten wie dem Zug auszuhandeln. Im Jahr 2013 hatte der damalige Präsident Porfirio Lobo Sosa einen Vertrag mit der China Harbour Engineering Company für den Bau einer Bahnverbindung zwischen Puerto Castilla an der Karibik und dem Hafen von Amapala unterzeichnet; das Projekt kam jedoch nicht zustande.

Angriff gegen Menschenrechtsverteidiger: Der Umweltverteidiger Ramiro Lara wurde am 15. September in seinem Haus in Santa Rosa de Copán angegriffen. Lara gehört dem

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

wurde, schossen vier unbekannte Männer auf die Fenster seines Hauses. Verletzt wurde niemand. Dies ist nicht das erste Mal, dass Ramiro Lara angegriffen wird: 2018 wurde er wegen seiner Arbeit gegen ein Bergbauprojekt bedroht.

3. El Salvador

Sicherheitspolitik: Eine Recherche des journalistischen Projekts Redacción Regional entdeckte, dass die Regierung von Nayib Bukele zwischen Juli 2019 und März 2022 die Verlegung von rund 300 Gangmitgliedern aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Zacatecoluca in verschiedene Gesundheitszentren genehmigt hat. Insgesamt waren es 749 Verlegungen. Darunter befanden sich Anführer der drei größten Gangs des Landes: MS-13, Barrio 18 Sureños und Barrio 18 Revolucionarios. Dies geschah während der Verhandlungen zwischen der Regierung und diesen kriminellen Strukturen: Die Gangs verpflichteten sich, die Mordrate im Land im Gegenzug für Privilegien im Gefängnis zu verringern. Die Recherche wurde durch Dokumente der Polizei und des militärischen Geheimdienstes ermöglicht, die das Haktivistenkollektiv Guacamaya Leaks veröffentlicht hatte.

Staatshaushalt: Im Oktober stimmte der von der Partei des Präsidenten kontrollierte salvadorianische Kongress für eine Reform des Staatshaushalts 2023. Es handelt sich um die 51. Reform seit der Verabschiedung des Haushalts Ende 2022. Die größten Kürzungen betreffen das Bildungsministerium mit 60,4 Millionen Dollar, das Ministerium für Justiz und Sicherheit mit 14 Millionen Dollar, das Gesundheitsministerium mit 7,4 Millionen Dollar und das Ministerium für lokale Entwicklung mit 10,9 Millionen Dollar. Die Abgeordnete aus Nuevas Ideas Suecy Callejas erklärte, dass die Mittel zur Zahlung der Staatsschulden dienen sollen.

Transitmigration: Die Autonome Exekutivkommission für Häfen (CEPA) kündigte an, dass sie von Transitreisenden bestimmter Nationalitäten, die auf dem internationalen Flughafen von El Salvador landen, eine Gebühr von \$1000 plus 13 % Mehrwertsteuer verlangen werden. Die Maßnahme gilt speziell und ausschließlich für Bürger*innen aus afrikanischen

4. Guatemala

Widerstand: Seit dem 2. Oktober sind Tausende von Menschen in Guatemala auf die Straße, um gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Generalstaatsanwaltschaft zu demonstrieren, den Rücktritt der beteiligten staatlichen Akteure zu fordern und die Wahlergebnisse vor einem Staatsstreich zu verteidigen. Die Proteste begannen durch Blockaden der indigenen Selbstverwaltungsstruktur 48 Kantone in Totonicapán und haben sich auf das ganze Land ausgebreitet.

Am 12. Oktober begannen die indigenen Behörden einen Dialog mit der Regierung von Giammattei, der von Vertreter*innen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vermittelt wird. In der dritten Woche der Proteste erklärte das Verfassungsgericht, dass die Regierung die Blockaden aufheben solle. Der damalige Innenminister Napoleón Barrientos reichte seinen Rücktritt ein, nachdem die Leiterin der Generalstaatsanwaltschaft Consuelo Porras das Verfassungsgericht aufgefordert hatte, Barrientos zu entlassen, weil er den Anordnungen zur Aufhebung der Blockaden nicht gefolgt war.

Erinnerungskultur: Am 20. Oktober jährte sich zum 79. Mal die Oktoberrevolution, der Sturz der Militärdiktatur von Federico Ponce Vaides. Dieses Ereignis gab den Weg frei für die Regierung von Jacobo Árbenz Guzmán, Jorge Torriello und Francisco Javier Arana. Ein Jahr später übernahm Juan José Arévalo Bermejo, der Vater des designierten Präsidenten Bernardo Arévalo, das Präsidentenamt. Tausende von Menschen aus verschiedenen Sektoren marschierten im Rahmen des derzeitigen nationalen Streiks zum Gedenken an dieses Datum. Das Präsidentenehepaar rief zu einer Kundgebung in Guatemala-Stadt auf, wo der gewählte Präsident eine Rede hielt, in der er zur Einheit aufrief. Begleitet wurde er von Jacobo Árbenz Vilanova, dem Sohn von Jacobo Árbenz, dem ehemaligen Präsidenten und Nachfolger von Juan José Arévalo.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Autonitäten auf Verlängerung der Wahlperiode erhalten, die am 31. Oktober 2023 endet. Nach Ansicht von Expert*innen würde eine solche Verlängerung die Machtübergabe angesichts der Angriffe auf die demokratischen Institutionen bis Januar sichern. Das Thema wird derzeit im TSE diskutiert, wo die Richterin Blanca Alfaro heute ihr Amt als Präsidentin antreten wird.

Pressefreiheit: Eine Untersuchung des guatemaltekischen Journalisten und Cybersecurity-Beraters Luis Assardo zeigte auf, dass vier guatemaltekische Journalisten laut geleakten Dokumenten des Ministeriums für Nationale Verteidigung (Mindef) als "Bedrohungen und Risikofaktoren für die nationale Sicherheit" eingestuft wurden. Zu den Journalisten auf dieser Liste gehören José Rubén Zamora, der seit mehr als einem Jahr wegen der Kriminalisierung seiner Arbeit inhaftiert ist, sowie Marvin del Cid und Sonny Figueroa, die sich aufgrund von Drohungen im Exil befinden.

5. Nicaragua

Schließung von Universitäten: Die nicaraguanische Regierung hat dem Instituto Centroamericano de Administración de Empresas (INCAE), einer international anerkannten Wirtschaftshochschule, den Rechtsstatus entzogen und die Beschlagnahme angeordnet. Die Regierung von Daniel Ortega und Rosario Murillo begründete die Maßnahme dadurch, dass die Schule keine Berichte für 2020, 2021 und 2022 vorgelegt hatte. Im August schloss die Regierung auch die Zentralamerikanische Universität (UCA) und richtete stattdessen die Nationale Universität Casimiro Sotelo ein, die bis heute mangels Studierenden und fehlender Finanzierung noch nicht in Betrieb ist.

Sanktionen: Das US-Außenministerium verhängte am 29. September Visabeschränkungen für weitere 100 Akteure in Nicaragua, die an Ortegas Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. In einer offiziellen Erklärung nannte der US-Außenminister Antony Blinken die Schließung der UCA und des INCAE als Grund für diese Entscheidung. Außerdem forderte er die Freilassung der politischen Gefangenen und hob

eingeschränkt.

Verfolgung der katholischen Kirche: Mitte Oktober ließ die nicaraguanische Regierung zwölf Priester frei, die sie als politische Gefangene in nicaraguanischen Gefängnissen festgehalten hatte. Nach Angaben der Regierung war die Freilassung und Vertreibung der Priester das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Nicaragua und hohen Stellen der katholischen Kirche. Nicht darunter ist Bischof Rolando Álvarez, der sich weigert, das Land zu verlassen.

Transitmigration: Präsident Ortega bietet laut Ermittlungen von Diálogo Internacional den Flughafen von Managua als "Trampolin" für Menschen aus Haiti auf dem Weg in die Vereinigten Staaten an. Zwischen dem 20. und 22. Oktober wurden in nur 48 Stunden 28 Flüge aus Port-au-Prince gemeldet, die in Managua landeten. Sechs verschiedene kommerzielle Fluggesellschaften führen diese Flüge durch, obwohl die Strecke offiziell nicht existiert. Die Flüge haben Berichten zufolge auch Staatsangehörige aus anderen karibischen und afrikanischen Ländern an Bord.
